

Werner Ruf:

Iran: Ein neuer Krisenherd?

Die Debatten um die Präsidentschaftswahlen im Iran und ihre Folgen nehmen einen Raum ein, der deutlich macht, dass es hier um sehr viel mehr geht als um die gebetsmühlenhaft wiederholte Sorge um Demokratie und faire Wahlen.

Journalistische Kaffeesatzleserei ersetzt sowohl die Frage nach den politisch-ökonomischen Determinanten des Systems wie nach der höchst brisanten geostrategischen Position des Landes.

Geostrategie und internationale Politik.

Iran ist in der gesamten Region des „Greater Middle East“ das einzige Erdöl produzierende Land, das sich der Kontrolle des Westens entzieht. Zugleich ist es von Staaten umgeben, die über nukleare Waffen verfügen: Im Osten Pakistan, im Norden Russland, im Westen Israel und im persisch-arabischen Golf steht die nuklear gerüstete US-Flotte. In der Folge der Vernichtung der Staatlichkeit des Irak durch George W. Bushs wurde Iran zu einer regionalen Großmacht, die die Stabilität der arabischen Staaten der Region, allesamt Verbündete des Westens, bedroht: Nicht nur die schiitischen Muslime in Irak, am Golf und im Libanon sehen in Iran eine Schutzmacht, die aggressive Rhetorik des iranischen Präsidenten gegenüber Israel verleiht dem Regime auch Glaubwürdigkeit und Legitimität in den sunnitischen Ländern der Region, deren Regierungen zwar stets Israel als den großen Feind apostrophieren, um von Korruption und Repression im Inneren abzulenken, sich in ihrer Praxis aber im *status quo* einrichten, um die Unterstützung ihrer Despotien durch den Westen nicht aufs Spiel zu setzen.

Iran ist ein wichtiger Kohlenwasserstoffproduzent: Das Land verfügt über rd. 10% der bekannten Ölreserven, die Erdgasvorräte werden noch weit höher geschätzt. Iran kooperiert sowohl mit den westlichen Industrieländern wie mit den harten Konkurrenten: Allein die Verträge mit China sehen für die nächsten 25 Jahre Investitionen in Höhe von mehr als 100 Mrd. \$ vor. Bereits abgeschlossen ist ein Vertrag zwischen der National Iranian Oil Company NIOC mit der China National Petroleum Corporation CNPC zur Erschließung des Erdgasfelds „South Pars“, das als größtes Erdgasfeld der Welt gilt, die Exploration des Erdgasfeldes „North Pars“

steht bevor.¹ Mit Russland hat Iran einen Vertrag geschlossen, der den Bau einer asiatischen Pipeline zur Belieferung Indiens und Chinas vorsieht. Mit beiden Ländern hat Iran langfristige Lieferverträge abgeschlossen. Iran ist so geradezu zu einem Schlüsselstaat für die aufsteigenden Großmächte China und Indien geworden – und zu einem wichtigen Partner und Konkurrenten Russlands. Guido Steinberg von der SWP sieht daher Iran als einen „heißen Kandidaten für eine geopolitische Umorientierung, also eine Abkehr vom Westen“.²

Im Erdgasbereich ist Iran beteiligt an der geplanten Gründung eines sich am Vorbild der OPEC orientierenden Kartells der Erdgas produzierenden Staaten. Hierüber wird derzeit zwischen Russland, Iran, Qatar, Algerien und Venezuela verhandelt.³ Die mögliche Beteiligung Nigerias ist noch offen. Der Bau einer gigantischen Gas-Pipeline von Nigeria durch die Sahara zur algerischen Mittelmeerküste wurde am 3. Juli dieses Jahres beschlossen.⁴ Von dort wird algerisches Gas teils per Pipelines nach Europa, teils verflüssigt in die USA transportiert. Die russische Gazprom hat soeben den Bau eines Teilstückes dieser Leitung vom Nigerdelta zur Nordgrenze des Landes übernommen.⁵

Zugleich bleibt Iran für den Westen ein wichtiger Lieferant: So führt eine Pipeline aus dem Südiran über Täbris durch Armenien ins türkische Erzerum, von dort zum Erdölhafen Ceyhan. In Erzerum könnte sie angeschlossen werden an die geplante Riesen-Pipeline Nabucco, die von der EU gebaut werden soll und Erdöl und Erdgas aus dem Kaspischen Becken via Baku und Tiflis unter Vermeidung russischen Territoriums und unter Umgehung Serbiens nach Österreich und in die Tschechei pumpen soll. Gefährdet wird dieses Projekt derzeit durch eine russische konkurrierende Pipeline, die unter dem Namen „Southstream“ („Northstream“ ist die geplante Ostsee-Pipeline) ebenfalls von Baku über Tiflis, dann aber über russisches Territorium und durch das Schwarze Meer via Belgrad nach Wien und Prag geführt werden soll. Im Augenblick scheint das russische Projekt bessere Realisierungschancen zu haben, da Russland bereits mit Italien einen Liefervertrag

¹ www.gtai.de [29-07-09].

² Eurasisches Magazin 06/2009.

³ Ausführlich: Le Quotidien d'Oran, 24. Dez. 2008. http://www.algeria-watch.org/fr/article/eco/hydroc/gaz_sauve_petrole.htm

⁴ El Watan, 29. Juli 2009. Realisiert wird das Projekt durch ein Konsortium von Total, Gazprm, Shell und ENI.

⁵ FAZ, 26. Juni 2009.

geschlossen hat. Hierfür ist in Varna ein Abzweig geplant, der über Nordgriechenland durch die Adria zum Südzipfel Italiens führen soll. An diesen gigantischen Projekten zur Energieversorgung werden beispielhaft die geostrategischen Zusammenhänge sichtbar, die die Bedeutung Georgiens in der Konfrontation zwischen NATO und Russland aufzeigen. Die Kämpfe um die knapper werdenden Energievorräte und insbesondere um die Kontrolle der Pipelines und Seewege (Horn von Afrika, die Gründung des US-Oberkommandos für Afrika, Africom⁶) werden schärfer.

In jüngster Zeit verstärken sich Gerüchte um die Vorbereitung eines israelischen Angriffs auf die iranischen Atomanlagen, die durch Meldungen über eine saudische Genehmigung von Überflugrechten für die israelische Luftwaffe neue Nahrung erhalten. Eine militärischen Konfrontation zwischen Iran und Israel birgt gewaltige Risiken für den Westen und seine Energieversorgung: Iran könnte die Straße von Hormuz verminen und sperren. Durch sie werden rd. zwei Fünftel des weltweit geförderten Öls transportiert. Als geradezu verantwortungslos erscheint daher das Geschrei all jener, die die Person Ahmadinedjads dämonisieren, um einen Militärschlag gegen den Iran zu fordern: Ein solcher Akt könnte nicht nur politisch und militärisch sondern vor allem auch ökonomisch unabsehbare Folgen haben.

Das politisch-ökonomische System des Iran.

Dieses System basiert nicht auf der Religion sondern auf einer Rentenökonomie, die die Entwicklung des Landes blockiert: Die Staatseinnahmen resultieren fast in ihrer Gesamtheit aus dem Export von Kohlenwasserstoffen. Mit diesen Einnahmen wird der Import nicht nur von Technologien und Industrieausrüstungen bezahlt, sondern vor allem auch von Grundnahrungsmitteln, Konsumgütern und Pharmazeutika. Diese Importe verhindern die Entstehung nationaler Produktion, eines Unternehmertums und das Anwachsen einer Arbeiterschicht. Da sich die Entscheidungen über die Vergabe von Importlizenzen und Investitionen in den Händen der Nomenklatura des Systems befinden, werden diese nicht nach Prinzipien ökonomischer Rationalität vergeben, sondern richten sich in der Regel nach den Schmiergeldern, die von den Lieferfirmen geboten werden: Die Rentenökonomie wird so zum Türöffner für

⁶ Ruf, Werner: Geopolitik und Ressourcen: Der Griff der USA nach Afrika; in: ÖSFL/Thomas Roithner (Hg.): Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen?, Wien/Berlin 2008, S. 160 – 173.

Korruption. Zugleich sind diese Einnahmen aber auch die Basis klientelistischer Umverteilung und sichern die Macht der führenden politischen Figuren und ihrer Clans: Ökonomische Stagnation und politische Stabilisierung gehen so Hand in Hand. Dies zeigt sich geradezu paradigmatisch am Beispiel der Treibstoffversorgung: Während der ersten zwanzig Jahren nach der Revolution wurde im Energiesektor nicht investiert sondern nur ausgebeutet: Die Produktion fiel von 6 Mio. Barrel/Tag in der Zeit des Schah (1974) auf 3.9 Mio. Barrel/Tag in der nachrevolutionären Zeit. Hiervon exportierte der Iran im Durchschnitt 2,4 Mio. Barrel/Tag. Die Raffinerien sind in einem so schlechten Zustand, dass fast die Hälfte des Benzins importiert werden muss, was wiederum Extraprofite für die daran Beteiligten sichert, während die Bevölkerung mit Kanistern in Händen an den Tankstellen Schlange steht.

Krisenhaft wird ein solches System, wenn die Einkünfte aus den Renten, also dem Kohlenwasserstoffexport schrumpfen, wie Ouaisa am Beispiel Algeriens⁷ gezeigt hat: Der Kampf um die Rente verschärft sich, das austarierte System zwischen den Fraktionen der Staatsklasse⁸ wird brüchig. Dies kann bis zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Clans führen. Eine fundierte polit-ökonomische Analyse des postrevolutionären iranischen Systems, die es erlauben würde, diese Kämpfe und die dahinter liegenden Interessen *en detail* zu verfolgen, liegt bisher nicht vor.⁹ Die folgende grobe Skizze stützt sich vor allem auf die im *Congressional Research Service* des *US State Departments* gesammelten Berichte, in denen auch Stellungnahmen von Experten vor den einzelnen Ausschüssen dokumentiert werden.¹⁰

Mit Hilfe einer Art von Stiftungen, den so genannten *Bonyads*, wird im Iran eine soziale Mindestsicherung geschaffen, die für politische Ruhe sorgen soll. Sie garantiert rd. 10% der Bevölkerung eine Art Sozialhilfe. Gesundheitswesen und Ausbildung sind kostenfrei. Der Frauenanteil an den Universitäten liegt inzwischen bei 60%. Aufgrund der durch die Rente verursachten ökonomischen Blockade haben

⁷ Ouaisa, Rachid: Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt. Struktur, Entwicklung und Aufbau der Staatsklasse am Beispiel Algerien. Münster, 2005,

⁸ Zu diesem Begriff s. u. A. die Arbeiten von Hartmut Elsenhans, aber auch Rainer Tetzlaff.

⁹ Eine hervorragende, historisch basierte Untersuchung des rentenstaatlichen Systems des Iran liefert, wenn auch nur bis zum Vorabend der iranischen Revolution von 1979, Amineh, Mehdi Parvizi: Die globale kapitalistische Expansion und Iran, Münster 1999.

¹⁰ Insbesondere wurden die folgenden Berichte ausgewertet: CRS Report RS20871, CRS Report RS21592, CRS Report RS21548, CRS Report RS22323, Ihnen entstammen die folgenden Angaben.

die Universitätsabsolventen, die meist den Mittelschichten entstammen, allerdings kaum Chancen, eine adäquate Beschäftigung zu finden. Die insgesamt etwa 120 Stiftungen, die über ca. 33 – 40% des iranischen Bruttosozialprodukts verfügen, dienen als Transmissionsriemen einer wohlfahrtsstaatlichen Struktur, deren Segmente den führenden Figuren des Systems und ihrer Clans zugeordnet werden können. Hier nur drei signifikante Beispiele:

1. Die *Stiftung für die Unterdrückten und Behinderten*, unter deren Dach etwa 400 Firmen im Bereich Import – Export, Nahrungsmittel und Getränke, Baumaterial, petrochemische Industrie, Hotels und Tourismus vereinigt sind. An ihrer Spitze steht Mohammad Rorouzandeh, Generalstabschef der Revolutionsgarden zu Ende der 80er Jahre und früherer Verteidigungsminister. Die Stiftung unterstützt rd. 120 000 Familien von Kriegsveteranen und Opfern des Krieges gegen den Irak (1980-1988).
2. Die *Stiftung des Schreins von Imam Reza*. Die Einkünfte basieren z. T. auf den Schenkungen von jährlich etwa acht Mio. Pilgern. Ihr Landbesitz wird auf etwa 20 Mrd. US \$ geschätzt. Hinzu kommen zwei (private) Universitäten, die iranische Cola-Fabrikation und industrielle Kleinbetriebe. An ihrer Spitze steht Ayatollah Abbas Vaez-Tabasi, Mitglied des Wächterrates, dem der frühere Präsident Ali Akbar Haschemi Rafsandjani vorsteht. Sein Vermögen wird auf über 1 Mrd. \$ geschätzt. Ein Sohn gründete die Fluggesellschaft Mahan Air, ein anderer baut die Teheraner U-Bahn, ein dritter ist im Erdölgeschäft tätig, ein weiterer kümmert sich um die gigantische Landwirtschaft der Familie. Vaez-Tabasis Sohn ist verheiratet mit der Tochter des obersten Führers Khamenei.
3. Die *Nur-Stiftung*, die im Import von Zucker, Pharmazeutika, Baumaterial tätig ist und über großen Immobilienbesitz verfügt. Vorsitzender ist Mohsen Rafiq Dust, Er war der erste Minister der Revolutionsgarden, danach Vorsitzender der Stiftung der Unterdrückten. Auch er ist Mitglied im Wächterrat.

Jenseits der Stiftungen gibt es noch die Genossenschaften. Sie unterstehen zwar formal dem Genossenschaftsministerium, in Wirklichkeit werden sie jedoch betrieben von den Verwandten oder Verbündeten der „großen Männer“. Ein Beispiel ist die

Rafsandjani-Genossenschaft der Pistazienpflanzer, die rd. 70.000 Bauern vertritt. Der Pistazienexport erbringt etwa 746 Mio. \$. Pro Jahr.

Auch die Revolutionsgarden, die Elite-Truppe des Regimes, besitzen ihre eigene materielle Absicherung in der iranischen Rentenökonomie. Ahmadinejad war Oberkommandierender dieser Truppe während des Krieges gegen den Irak. Die materielle Unterstützung für hohe Offiziere der Truppe kann durchaus als Ausbau einer Hausmacht Ahmadinedjads verstanden werden. So erhielten die Revolutionsgarden den Zuschlag für das Projekt „Ghorb“, das mit Investitionen von 2,3 Mrd. \$ ein großes Erdgasfeld im Süden des Landes erschließen soll.

Die politische Strategie Ahmadinedjads gehört unmittelbar in diesen Zusammenhang: Populistisch versprach er schon bei seiner ersten Wahl, dass die Renteneinkünfte „auf dem Tisch der Armen ankommen“ sollten. Er unterstützte die Schaffung staatseigener Firmen, um Arbeitsplätze für die Unterprivilegierten zu schaffen. Außerdem richtete er billige Spezialkredite für Kleinbauern ein, erhöhte die Renten Bedürftiger, richtete er „Heiratsfonds“ für Jungverheiratete ein. Seine Nähe zu den „Stiftungen“, in denen die Revolutionsgarden einen zentralen Platz einnehmen, eröffnet ihm im sozialen Bereich Handlungsmöglichkeiten, um seine Basis, die arme, vor allem ländliche Bevölkerung, zu alimentieren. Seine Skepsis gegenüber Marktöffnung und Liberalismus, Verstärkung der Exportorientierung und dem Import westliche Luxusgüter findet hier eine Entsprechung, die erheblich zu seiner Popularität beitragen dürfte.

Perspektiven.

Weder Person noch Vergangenheit von Mir Hossein Mussawi oder von Mehdi Karrubi lassen den Schluss zu, dass sie Garanten einer konsequenten Demokratisierung sind. Wenn sie nun in unseren Medien mit dem Begriff „Opposition“ bezeichnet werden, ist dies schlicht Augenschwärze. Die Menschenmassen, die auf die Straße gingen, um gegen den vermeintlichen oder realen Wahlbetrug zu demonstrieren, dürften sich darüber keine Illusionen gemacht haben. Ihnen ging es in der großen Mehrheit wohl um eine reale Demokratisierung

und eine Einschränkung wenn nicht Beendigung des herrschenden Regimes. Hier allerdings stellt sich die Frage, wer die organisierte Kraft sein könnte, die einen *regime change* von innen bewirken könnte. Die frustrierten Mittelschichten verfügen nicht über eine organisierte Struktur, um dies bewirken zu können.

Die Gestaltung dieser Prozesse muss den Iranern und Iranerinnen überlassen bleiben: Die alten westlichen Pläne für einen *regime change* sind keineswegs obsolet, nur finden sie jetzt zunehmend Akzeptanz in weiten Kreisen der liberalen Öffentlichkeit. Westliche Unterstützung für „Reformer“ welcher Art auch immer wird sich aber als kontraproduktiv erweisen in einem Land, in dessen kollektivem Gedächtnis der CIA-Putsch von 1953 gegen das demokratische Regime Mohammad Mossadeghs noch immer lebendig ist. So bleibt die leise Hoffnung auf eine durch die Ereignisse angestoßene Transformation in Richtung auf mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Eine Implosion des Regimes würde das Land aufgrund seiner Rohstoffe und seiner geostrategischen Lage zu einem weiteren gefährlichen Krisenherd machen.